

Gastkommentar. Wie die beiden Regierungsparteien die Wähler in Versuchung führen – die Wählerinnen sowieso.

Sehnsucht nach einer Alternative

VON PETER A. ULRAM

Nun ist es also amtlich (ÖVP) – oder beinahe so (SPÖ): Die Kandidaten der beiden Regierungsparteien, Andreas Khol und Rudolf Hundstorfer. Sie mögen nicht die erste Wahl der jeweiligen Parteiführungen gewesen sein, doch hat man sie mehr gemocht als andere (ÖVP) oder hat niemand anderen gefunden (SPÖ). Beide sind ältere Herren mit langer politischer Erfahrung und honorige Persönlichkeiten.

In früheren Zeiten mögen sie ihre Rolle im innerparteilichen Macht- und Intrigenspiel gespielt haben, aber das ist lange her. Beide sind Urgesteine der jeweiligen Partei, als solche äußerst stammwähleraffin und für ihre Parteien berechenbar. Als brave Parteisolddaten haben sie natürlich nur beschränkte Sympathien bei Funktionären und Stammwählern des jeweils anderen. Hundstorfer gilt als jemand, der Probleme gerne verharmlost und wegredet, Khol war maßgeblich bei Schwarz-Blau beteiligt. Daher wird man Khol unterstellen, er sei ein Angebot an die Blauen (speziell in einem zweiten Wahlgang).

Womit wir beim eigentlichen Problem der beiden Regierungsparteien sind. Stammwähler sind inzwischen eine gefährdete politische Spezies (knapp ein Fünftel des Elektors und auch unter den verbliebenen Wählern der Traditionsparteien nur noch eine Minderheit). Die Politiker- und Parteienverdrossenheit blüht und gedeiht, viele Menschen hätten gerne ein Alternativprogramm. Wenn also nicht viel gegen die beiden Kandidaten spricht, so gibt es auch kaum etwas, was wirklich für sie spricht.

Honorige Persönlichkeiten

Sieht man einmal von der FPÖ ab, die den Wahlkampf noch aufmischen oder dies zumindest als latente Drohung in den Raum stellen könnte, gibt es noch (mindestens) zwei andere Bewerber. Sowohl Alexander van der Bellen als auch Irmgard Griss passen nicht so schlecht in das öffentliche Anforderungsprofil eines

Präsidenten. Gleichfalls honorige Persönlichkeiten, von denen Peinlichkeiten ebenso wenig zu erwarten sind wie permanente Konflikte à la Kestil mit der Regierung.

Sündenfall Oberösterreich

Beide bieten natürlich auch Angriffsflächen: Griss wird man mangelnde politische und internationale Erfahrung vorwerfen; van der Bellen wird sich schwer tun, zu erklären, was er als Wissenschaftsbeauftragter Wiens in den vergangenen Jahren wirklich geleistet hat. Nur bieten diese Vorbehalte wohl nicht genügend Futter für ein ernsthaftes „negative campaigning“.

Jugendliches Ungestüm und Hang zum Radikalismus lassen sie auch nicht befürchten. Ein gewisses Maß an Distanz zum etablierten Politikbetrieb und zur etablierten politischen Klasse ist aber jedenfalls zu erwarten, und Kritik wie mahnende Worte von ihrer Seite wären nicht unglaublich: Griss hat in der Hypo-Affäre unter Beweis gestellt, dass sie „denen da oben“ ordentlich und doch seriös auf die Zehen steigen kann. Van der Bellen wäre mit oder ohne „steinerner Miene“ ein permanenter Stachel im Fleisch mancher Regierungskonstellationen. Mit einem Wort: Sie bieten eine Gelegenheit für ein (anders als bei diversen freiheitlichen Reden) relativ risikoloses Votum gegen das „Ewig grüßt das Murmeltier“ und eine gemäßigte wahlpolitische Unmutsäußerung.

Bei Griss kommt noch der Faktor Frau dazu, auf den sie nicht extra hinweisen muss. Und gerade nach dem Sündenfall bei der Bildung der oberösterreichischen Landesregierung dürfte noch so manche Wählerin eine Rechnung offen haben.

Insofern haben die Kandidatententscheidungen von ÖVP und SPÖ durchaus beträchtliches Potenzial, viele Wähler und Wählerinnen in Versuchung zu führen.

Peter A. Ullram (* 1951 in Wien) ist Dozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien und Geschäftsführer von Ecoquest.

E-Mails an: debatte@diepresse.com



Zornige junge Männer sind in Europa angekommen

Gastkommentar. Zwischen demografischer Verklärung und bitterer Neige zur Radikalisierung: noch eine Facette der Asyldebatte.

VON KARIN KNEISSL

Europa benötige aufgrund seiner Überalterung die Zuwanderung, so die Befürworter des Kurses der deutschen Regierung – auch nach den Übergriffen der Silvesternacht. Das demografische Argument ist aber komplexer. Denn die Altersgruppe der 16- bis 17-Jährigen hat sich zum Beispiel in Schweden massiv verändert, wenn es um das Verhältnis der Geschlechter geht.

Ein Männerüberschuss, der jenen in der Volksrepublik China und Indien übertrifft, ist die Folge der Aufnahme von minderjährigen allein reisenden Flüchtlingen, die zu fast 100 Prozent männlich sind. In der Bundesrepublik Deutschland, deren Bevölkerung das Achtfache jener Schwedens ist, sind über zwei Drittel der 1,1 Millionen Asylwerber alleinstehende Männer – mit allen sich daraus ergebenden Problemen.

Die steigende Zahl sexueller Belästigungen und Vergewaltigun-

gen ist eine davon. Was zuvor nur Randnotiz war oder in Schweden politisch gewollt verheimlicht wurde, hat infolge des Umfangs der Übergriffe auf Frauen durch junge Männer mit Asylstatus sowie die nach und nach bekannt gewordenen Polizeiberichte nun eine neue Dimension erreicht. Dieser muss sich die Politik stellen, denn nicht nur Deutschland steht „an der Kippe“, wie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zu Recht titelt.

Gefährliches Ungleichgewicht

Die US-Politologin Valerie Hudson hat die schwedische Situation genauer untersucht und festgestellt, dass in der Teenager-Altersgruppe nunmehr 125 Männer 100 Frauen gegenüberstehen. Im Normalfall sollte sich diese Ratio um 103 zu 100 bewegen.

Infolge der bis vor Kurzem gültigen Ein-Kind-Politik Chinas und des damit einhergehenden „gendercide“ – also der Tötung von Mädchen beziehungsweise von weiblichen Föten – lautet die dor-

tige Bevölkerungszahl 115 Männer zu 100 Frauen.

Die Sorge, dass China eines Tages seinen Männerüberschuss als Kanonenfutter in einem Kriegsgang im pazifischen Raum wieder loswerden könnte, bewegt Konfliktforscher und Militärs in den Vereinigten Staaten so sehr, dass sich einige Forschungsprojekte gezielt mit diesem Szenario befassen. Europäer befassen sich mit Bevölkerungsentwicklung aber stets nur aus Sicht der Pensionen, selten mit dem Blick auf Strategie.

Der französische Demograf Christophe Guilmoto warnte in einer Studie im Oktober 2011, als die Weltbevölkerung auf sieben Milliarden anstieg, dass uns das Problem des Ungleichgewichts zwischen den Geschlechtern als sicherheitspolitische Herausforderung zusehends beschäftigen werde. Guilmoto verwies auf das aus den Fugen geratene Geschlechterverhältnis in Indien und China, er sieht aber ähnliche Trends in muslimisch geprägten Gesell-

PIZZICATO

Lugners City

Nach den Jungspunden Van der Bellen, Griss, Khol und Hundstorfer liebäugelt nun mit Richard Lugner (83) endlich ein erfahrener Mann mit einer Präsidentschaftskandidatur. Mit ihm als Staatsoberhaupt würde in der Wiener Hofburg vieles anders werden.

Lugner: Liebe Vertreter der Presse, ich darf Ihnen meine Begleitung für den Opernball präsentieren. Es ist... Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek! Als Präsident muss ich halt mehr repräsentieren.

Heinisch-Hosek: Und wehe, Sie halten nicht genug Abstand!

Lugner: Ja, ja, kein Problem, das habe ich einst der Pamela auch versprechen müssen. Das waren Zeiten. Das einzige Gute ist jetzt, dass ich nach dem Opernball nur in die Hofburg übergehen muss.

Journalist: Stimmt es, dass Sie die Hofburg für das Volk öffnen wollen?

Lugner: Ja, jeder kann kommen. Montag bis Freitag von neun bis 21 Uhr, samstags bis 18 Uhr. Kino und Lokale haben noch länger offen.

Journalist: Es gibt jetzt ein Kino und Lokale in der Hofburg?

Lugner: Na sicher, man muss die Staatsgäste ja unterhalten und was auftischen. Burger King, Subway, Schnitzelhaus – die Staatsgäste können jetzt endlich frei wählen, was sie wollen. Sonst noch Fragen?

Journalist: Ja, wo ist eigentlich Ihre Frau, Spatzi?

Lugner: Ja, da gibt es leider noch ein rechtliches Problem. Sie ist 26, und man darf laut Verfassung erst ab 35 Jahren in die Hofburg. (aich)

Reaktionen an: philipp.aichinger@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an leserbriefe@diepresse.com

Als Wirtschaftstreibender unter Generalverdacht

„Keine Hinweise, dass sie uns anlügen“, von Christian Höller, 13. 1. Der Leiter des Arbeitsmarktservice, eines Organs des Sozialministeriums, dessen Nochchef Bundespräsident werden will, sagt, er hätte „keinen Grund zu glauben, dass die Leute uns anlügen“, wenn Migranten für ihre behaupteten hohen Qualifikationen keine Zeugnisse vorlegen können.

Eine andere Kandidatin für das höchste Staatsamt hat – ohne jede Sanktion – die Basisdokumente der steuerfinanzierten Hypo-Untersuchungskommission vernichten lassen: Man möge doch darauf vertrauen, dass alles Relevante in den Endbericht eingearbeitet wurde.

Für den seit Jahr und Tag ausgepressten österreichischen Wirtschaftstreibenden aber gibt es nur den Generalverdacht der Abgabenhinterziehung – und Finanzstrafen, wenn bei der Steuerprüfung auch nur ein Beleg von vor fünf Jahren nicht zu finden ist. Aber vielleicht verfällt ja ein Selbstständiger demnächst auf die Idee, sich in so einem Fall mit den beiden obigen Beispielen zu rechtfertigen, und kämpft das bis zum Verfassungsgerichtshof durch.

Mag. Dr. Hermann Mucke, Eigentümer,

H. M. Pharma Consultancy, 1160 Wien

Nur ein Umetikettieren der Progression

„Weg mit der kalten Progression? Ja, aber...“, Gastkommentar von Werner Doralt, 13. 1.

Kann es sein, dass hier Ursache und Wirkung verwechselt werden? Konnten die Privilegien nicht erst dadurch entstehen (bzw. wurde deren Einführung erleichtert), weil durch die kalte Progression ohnehin mehr Geld zum Ausgeben vor-

handen ist und so mit Geschenken auf Kosten der Steuerzahler Klientelpolitik gemacht werden kann, ohne Konflikte fürchten zu müssen?

Und warum gibt es keine Anzeichen und keine Motivation für Reformen der Verwaltung und beim Fördern und Geschenkeverteilen? Weil ja sowieso immer genug Geld da ist! Und weil die Politiker – einmal an den Geldtöpfen – auch nicht gewillt sind, auf vermehrte Einnahmen zu verzichten.

Oder wie erklärt sich die großartige Steuerreform, die ein kleiner Ausgleich für die kalte Progression sein soll, die aber unbedingt gegenfinanziert werden muss? Das ist in Wahrheit nur ein Umetikettieren der Progression, also eine weitere Erhöhung des Staatsanteils an den erwirtschafteten Werten.

PS: Ein kleiner, aber nicht unwesentlicher Fehler des oben Gesagten ist, dass der Politik auch die reichlich sprudelnden Einnahmen noch nicht genügen. Daher ein jährliches Defizit und kräftige Staatsverschuldung.

DI Herbert Barkow, 1130 Wien